

Niederschrift

über die Sitzung am Mittwoch, 14.01.2009
im Kreishaus Borken,
Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Frau Magdalene Garvert Rhede

Mitglieder:

Herr Bernd Bense	Schöppingen	
Herr Martin Dirking	Velen	
Herr Hermann Dreischenkemper	Reken	Vertretung für Herrn Bruno Hartling
Herr Hans-Georg Fischer	Ahaus	
Herr Lothar Göring	Vreden	Vertretung für Frau Gerti Tanjsek
Herr Hans Hund	Bocholt	
Herr Klaus Meyermann	Bocholt	
Frau Dorothee Pieper	Gronau	
Herr Friedel Sebastian	Raesfeld	
Frau Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn	
Frau Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Herr Wilhelm Stilkenbäumer	Reken	
Herr Karl Tebroke	Bocholt	
Herr Gerhard Temminghoff	Vreden	
Herr Heinz-Josef Tönnies	Heiden	

Gäste:

Herr Bernhard Krasenbrink Bocholt
Frau Maja Saatkamp Borken

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Hubert Grothues
Herr Werner Tüshaus
Herr Stefan Pelz
Frau Kordula Blickmann
Herr Roland Schulte
Frau Edith Gülker
Herr Stefan Kranz
Herr Peter Nattefort

Es fehlen entschuldigt:

Herr Tobias Bürger Gronau
Herr Bruno Hartling Reken
Frau Gerti Tanjsek Bocholt

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzende Garvert eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

A. Öffentlicher Teil**Punkt 1: Verlängerung der Freistellungsregelung für das Reiten im Wald
Vorlage: 0261/2008**

Berichterstatter: Ltd. KBD Grothues

Vorsitzende Garvert erinnert daran, dass die Freistellungsregelung bereits in der November-sitzung des Kreistages beschlossen wurde. Da keine weiteren Fragen bestehen, lässt Sie über die Vorlage abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Freistellungsregelung gemäß § 50 Abs. 2 LG NW wird verlängert. Sie tritt spätestens am 31.12.2012 außer Kraft, wenn nicht der Kreistag eine weitere Verlängerung beschließt.

Punkt 2: Entwurf des Landschaftsplanes "Raesfeld"

- 1. Änderung des Geltungsbereiches**
- 2. Beratung und Beschlussfassung über die Hinweise, Anregungen und Bedenken der Träger öffentlicher Belange sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung**
- 3. Beschluss über die öffentliche Auslegung**

Vorlage: 0281/2008

Berichterstatter: KLR Schulte

KLR Schulte führt anhand der Sitzungsvorlage in die Thematik ein. Besonders hebt er dabei hervor, dass verschiedene Maßnahmen getroffen worden seien, um eine Akzeptanzsteigerung zu erzielen. So sei der frühzeitigen Bürgerbeteiligung eine Bürgerversammlung sowie eine Veranstaltung für Multiplikatoren aus verschiedenen Interessengruppen vorgeschaltet worden. Die Präsentation der Planunterlagen im Internetangebot des Kreises Borken habe sich bewährt. Die Seite mit den Informationen sei mehr als 400 mal aufgerufen worden.

Vorsitzende Garvert schlägt vor, die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange sowie die Anregungen der Unteren Landschaftsbehörde und die Äußerungen aus der frühzeitigen Bürgerbeteiligung Seite für Seite durchzugehen. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Zu Ö 5 befürchtet Ausschussmitglied Dreischenkemper, dass die genannte Grenze von 0,5 ha durch Kumulation mehrerer Kahlschlags-Vorhaben umgangen werden könnte.

KLR Schulte erklärt, das Landesforstgesetz definiere die Grenzen eigentümerbezogen, so dass ein Umgehen nicht möglich sei. Außerdem weist er darauf hin, dass nach Kahlschlägen Ersatzaufforstungen erforderlich seien.

Auf Nachfrage von Ausschussmitglied Seidensticker-Beining zu Ö 6 stellt KLR Schulte klar, dass das Landschaftsgesetz Bodendenkmäler nicht als Festsetzungen vorsehe. Insofern seien diese kein Instrument der Landschaftsplanung.

Ausschussmitglied Dreischenkemper bittet zu P 1 um weitere Informationen. KLR Schulte erläutert, in dem genannten Gespräch mit dem Eigentümer sei dessen negative Grundstimmung gegen den Trägerverein deutlich geworden. Diese Problematik sei jedoch nicht Gegenstand des Landschaftsplanverfahrens.

Ausschussmitglied Tönnies bittet die Verwaltung aus Akzeptanzgründen darum, baldmöglichst einen gemeinsamen Nenner mit dem Eigentümer zu finden. Dabei sollten auch die unter P 13 genannten Maßnahmen mit dem Eigentümer abgestimmt werden.

KLR Schulte hebt die Freiwilligkeit der unter P 13 aufgeführten Maßnahmen hervor. Ohne das Einverständnis des Eigentümers würden diese selbstverständlich nicht umgesetzt.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt Vorsitzende Garvert über TOP 2 beschließen.

Beschluss: einstimmig

1. Der Geltungsbereich des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird um die Grundstücke Gemarkung Marbeck, Flur 15, Flurstücke 25, 26 und 27 erweitert. Diese sind nunmehr Bestandteil des Landschaftsplanes „Raesfeld“. Der Beschluss wird gem. §§ 27 und 29 LG NW ortsüblich bekannt gemacht.
2. Über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange eingegangenen Hinweise, Anregungen und Bedenken sowie die Ergebnisse der frühzeitigen Bürgerbeteiligung wird entsprechend der in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschläge beschlossen.
3. Der Entwurf des Landschaftsplanes „Raesfeld“ wird in der Zeit vom 02.03.2009 bis 01.04.2009 öffentlich ausgelegt (§ 27 c LG NW).

Punkt 3: Landschaftsplan "Velen" - Bericht zum Stand des Verfahrens
Vorlage: 0002/2009

Berichtersteller: KLR Schulte

Ltd. KBD Grothues erläutert die Sitzungsvorlage.

Aufgrund der genannten Frist von 3 Jahren befürchtet Ausschussmitglied Dirking, das weitere Verfahren werde sich hinaus zögern.

KLR Schulte stellt klar, lediglich für vier der über 100 Festsetzungen müsse das formelle Verfahren ab der Offenlage nochmals durchlaufen werden. Inhaltlich seien keine Überarbeitungen erforderlich; insofern sei keine Vielzahl neuer Einwendungen zu erwarten. Daher sei die geäußerte Befürchtung unbegründet.

Nach kurzer weiterer Diskussion schließt Vorsitzende Garvert den Tagesordnungspunkt ab.

Der Ausschuss für Umweltschutz nimmt den Sachstandsbericht zum Landschaftsplan „Velen“ zur Kenntnis.

**Punkt 4: "Region in der Balance" - Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken
Sachstandsbericht**

Berichterstatter: Ltd. KBD Grothues

Ltd. KBD Grothues erläutert das Projekt anhand der versandten Presseunterlagen. Er hebt dabei besonders die konstruktiven Gespräche zwischen den Beteiligten hervor.

Vorsitzende Garvert betont die erfolgreiche Arbeit der Stiftung Kulturlandschaft zur Reduzierung des Flächenverbrauchs.

Punkt 5: Ziel 2 - Wettbewerb "Erlebnis NRW" - Sachstandsbericht

Berichterstatter: KLR Schulte

KLR Schulte informiert anhand des Auszugs aus dem Förderantrag über die finanziellen Rahmenbedingungen und die zeitliche Abwicklung des Projektes. Die Umsetzung des Wettbewerbs sei in die mittelfristige Zielplanung des Kreises Borken aufgenommen worden. Er weist darauf hin, dass lediglich Maßnahmen für FFH- und EU-Vogelschutzgebiete durch den Wettbewerb erfasst würden. Diese Gebiete sollten durch die Maßnahmen ganzjährig für Erholung Suchende aufgewertet werden. Als Beispiele nennt er die Anlage von Wegen, Parkplätzen, Unterständen oder Besucherplattformen, aber auch die Anbindung an die Gastronomie. Anfang September sei das Projekt im Rahmen einer Veranstaltung unter anderem Vertretern aus den Bereichen Touristik und Gastronomie, den Heimatvereinen und den Gemeinden vorgestellt worden. Durch die breite Information sei es zu einer Vielzahl von Anregungen und Vorschlägen gekommen. Nicht alle Vorschläge konnten berücksichtigt werden, jedoch stelle die Planung auf ein möglichst breites Spektrum der Maßnahmen ab.

KLR Schulte weist darauf hin, dass das Land bei der Beantragung der Einzelmaßnahmen baugenehmigungsreife Unterlagen erwarte. Der Rahmenzuwendungsbescheid gewähre jedoch eine hohe Sicherheit der Finanzierung der Einzelprojekte. Bereits 2009 sei mit der Umsetzung der ersten Maßnahmen zu rechnen.

Ltd. KBD Grothues erläutert die Verlängerung des Umsetzungszeitraums und die Steigerung der Gesamtaufwendungen von ursprünglich 1,9 Mio. EUR auf nun 2,6 Mio. EUR. Es handele sich nicht etwa um Kostensteigerungen. Die Bezirksregierung habe eine höhere Zuwendung und einen verlängerten Zeitraum ermöglicht. Durch die Erhöhung habe der Kreis Borken in 2012 zusätzliche Eigenmittel von 180 T EUR zur Verfügung zu stellen.

Ausschussmitglied Tönnies begrüßt die Ausweitung der Maßnahmen, bittet jedoch um eine nachhaltige Verwendung der Mittel; Folgekosten sollten vermieden werden.

KLR Schulte betont, bisher konnten fast für alle Maßnahmen Partner für eine weitere Betreuung gefunden werden, so dass keine Folgekosten zu erwarten seien.

Auch Ausschussmitglied Fischer begrüßt die Erhöhung der Förderzusage und lobt das Engagement der Verwaltung im Rahmen des Wettbewerbs. Er erkundigt sich, ob das Baugenehmigungsverfahren für die Maßnahmen zügig abgewickelt werden könne.

Ltd. KBD Grothues sichert dies zu. Er ergänzt, dass auch die Bauordnungsbehörden der Städte Ahaus, Bocholt, Borken und Gronau diesen Projekten positiv gegenüber stehen.

Auf Anfrage von Ausschussmitglied Tebroke erklärt KLR Schulte, dass im Südwesten des Kreisgebietes nur wenige europäische Schutzgebiete bestehen und daher in diesen Bereichen nur wenige Maßnahmen geplant seien.

Abschließend wertet Vorsitzende Garvert es nochmals als großen Erfolg, dass es gelungen sei, ein solch umfangreiches Projekt im Bereich Umwelt im Kreis Borken zu ermöglichen.

Punkt 6: Beratung des Entwurfes des Kreishaushaltes 2009 für das Budget 06 - Natur und Umwelt
Vorlage: 0311/2008

Berichterstatter: KBD Tüshaus

Vorsitzende Garvert schlägt vor, den vorliegenden Entwurf des Kreishaushaltes 2009 für den Bereich Natur und Umwelt produktweise zu behandeln. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

Zu Produkt 06.02.01 ‚Schutz der Gewässer‘ erkundigt sich Ausschussmitglied Dreischenkemper, was sich hinter den unter Ziffer 16 genannten sonstigen ordentlichen Aufwendungen verberge. KBD Tüshaus erklärt, die aufgeführten Beträge dienten größtenteils Boden- und Gewässeruntersuchungen zum Konzept "Durchgängigkeit".

Anschließend ruft Vorsitzende Garvert die zum Haushaltsplanentwurf gestellten Anträge auf.

Ausschussmitglied Tönnies begründet den Antrag **06-01** der CDU-Fraktion.

Ausschussmitglied Dirking möchte wissen, warum Mittel für externen Sachverstand aufgewendet werden sollen. In der Verwaltung stehe genügend Fachwissen zur Verfügung.

Vorsitzende Garvert erklärt, die Umsetzung des Ziel2-Wettbewerbs binde Personal. Deshalb und um zusätzlich zum vorhandenen Sachverstand auch Ideen und Überlegungen von Außen zu berücksichtigen, sollen externe Fachleute in den Prozess eingebunden werden.

Ltd. KBD Grothues ergänzt, dass neben Personal- auch Veranstaltungskosten aus den Mitteln zu decken seien.

Ausschussmitglied Seidensticker-Beining schlägt vor, die bereit zu stellenden Mittel auf 30.000 EUR zu erhöhen und gleichzeitig als konkretes Ziel aufzunehmen, den Flächenverbrauch auf unter 1 ha pro Tag zu senken.

Ausschussmitglied Tönnies entgegnet, man befinde sich zur Zeit erst in einem Stadium, sich an einen solchen Wert heran zu tasten. Ein konkret genannter Zielwert könne der Kreisentwicklung entgegen wirken.

Vorsitzende Garvert empfiehlt, momentan noch keinen Mehraufwand für diesen Aufgabenbereich zu nennen.

Ltd. KBD Grothues begrüßt dies und ergänzt, die Verwaltung könne zunächst ein Konzept mit einer Kostenschätzung erarbeiten. Die finanzielle Deckung sei bis zu einer gewissen Grenze aus der Budgetrücklage gesichert.

Vorsitzende Garvert schlägt vor, die Abstimmung über den Antrag 06-01 zurück zu stellen, da die Anträge der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN teilweise auch die Flächenschonung betreffen.

Da gegen den Vorschlag keine Einwendungen erhoben werden, stellt sie den Antrag **06-02** der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vor. Sie erkundigt sich, ob die Verwaltung in der Lage sei, einen Maßnahmenkatalog wie beantragt zu erarbeiten.

KBD Tüshaus legt dar, ein solcher Maßnahmenkatalog sei eher dem Bereich Grundlagenforschung zuzuordnen. Die Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen und die Landesanstalt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NW hätten diesbezügliche Untersuchungen angestellt. Die Grundlagenforschung sollte diesen Landesbehörden überlassen werden; die Kreisverwaltung könne diese Aufgabe nicht leisten. In die Aktivitäten zur Erarbeitung eines

Klimaschutzkonzeptes für den Kreis Borken sei die Landwirtschaft selbstverständlich eingebunden.

Ausschussmitglied Dreischenkemper zieht daraufhin den Antrag 06-02 zurück.

Als nächstes wird über den Antrag **06-06** der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN beraten.

KLR Schulte informiert zunächst über die Begrifflichkeiten in diesem Zusammenhang: Im Kreis Borken unterhalte lediglich die Stiftung Kulturlandschaft ein *Ökokonto*, auf dem ähnlich wie bei einem Bankkonto ab- und zugebucht werden könne. Bei *Ökopools*, die auch von Privaten geführt werden, handele es sich lediglich um Absichtsplanungen, bei denen die Maßnahmen jederzeit geändert werden könnten. Daneben sei der Kreis verpflichtet, ein *Kompensationsflächenkataster* zu führen. Dieses werde jedoch von keiner Kreisverwaltung veröffentlicht, da es auch sensible Eigentümerdaten enthalte.

Ausschussmitglied Tönnes bekräftigt, dass eine Veröffentlichung des Kompensationsflächenkatasters aus datenschutzrechtlichen Gründen abzulehnen sei.

Daraufhin zieht Ausschussmitglied Dreischenkemper den Antrag 06-06 zurück.

Ausschussmitglied Seidensticker-Beining regt an, die Stiftung Kulturlandschaft solle nochmals über ihre Arbeit berichten. KLR Schulte sagt dies zu.

Sodann wird der Antrag **06-04** der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN behandelt.

Ausschussmitglied Stilkenbäumer klärt auf, die Regionalplanung führe das Ziel der Steigerung der Waldflächen nicht mehr fort, da die Anpflanzung von Energiepflanzen eine bessere Klimabilanz aufweise als Aufforstungen.

Ausschussmitglied Tönnes teilt mit, die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, da keine zusätzlichen Flächen für Aufforstungen aus der Nutzung genommen werden sollen.

Ausschussmitglied Dreischenkemper stellt klar, es sollten keine Flächen aus der Produktion genommen werden. Die Aufforstungen sollten beispielsweise auf wenig ertragreichen Flächen erfolgen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen, schließt Vorsitzende Garvert die Diskussion zu diesem Antrag und erläutert als nächstes den Antrag **06-03** der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN.

KBD Tüshaus entgegnet, die Anzahl der Eingriffe könne nur verringert werden, wenn die Zahl der Baumaßnahmen rückläufig sei. Hierauf habe die Verwaltung keinen Einfluss. In der Begründung des Antrages werde voraus gesetzt, dass bereits 2009 mit Auswirkungen aus der „Allianz für die Fläche“ zu rechnen sei. Dies sei jedoch unwahrscheinlich.

Vorsitzende Garvert erklärt, das Anliegen werde seitens aller Fraktionen unterstützt, jedoch habe man hierauf keinen Einfluss.

Ausschussmitglied Dreischenkemper zieht daraufhin den Antrag 06-03 zurück.

Zuletzt stellt Vorsitzende Garvert den Antrag **06-05** der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vor. Sie bekräftigt, der in dem Antrag genannte Weg könne von allen Beteiligten besritten werden. Ein konkretes Ziel könne jedoch nicht formuliert werden.

Ausschussmitglied Dreischenkemper zieht den Antrag 06-05 zurück.

Sodann lässt Vorsitzende Garvert über den wie folgt umformulierten Antrag 06-01 der CDU-Fraktion abstimmen:

Zur Fortführung des begonnenen Prozesses Region in der Balance – Regionale Allianz für die Fläche im Kreis Borken – sind Mittel bereitzustellen. Die Kreisverwaltung wird zur nächsten Sitzung ein Konzept vorlegen, aus dem die Vorgehensweise einschließlich der benötigten Mittel hervor geht. In der Begründung des Antrages, letzter Satz, soll es heißen: „...jedoch sollte es unser Ziel sein, den Flächenverbrauch zu senken.“

Beschluss zu Antrag 06-01: einstimmig

Der geänderte Antrag ist angenommen.

Als nächstes stellt Vorsitzende Garvert den Antrag 06-04 der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung.

**Beschluss zu Antrag 06-04: 1 Ja-Stimme
15 Nein-Stimmen**

Der Antrag ist abgelehnt.

Nach Beratung aller Anträge lässt Vorsitzende Garvert über TOP 6 abstimmen.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2009 – bezogen auf den Fachbereich Natur und Umwelt - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird empfohlen, den Haushalt 2009 – Budget 06 “Natur und Umwelt” – zu verabschieden.

Punkt 7: Mitteilungen der Vorsitzenden

keine

Punkt 8: Mitteilungen der Verwaltung

KBOAR Pelz informiert über den Sachstand der EG-Wasserrahmenrichtlinie. Der Bewirtschaftungsplan und das Maßnahmenprogramm befänden sich in der Offenlage. Die entsprechenden Unterlagen sollen der Kreisverwaltung unmittelbar zugehen. Anschließend werde der Kreis Borken über die Presse bekannt geben, wo die Unterlagen eingesehen werden können.

Er führt weiter aus, auch über die Internetseiten www.flussgebiete.nrw.de und www.umwelt.nrw.de könne sich jeder zum Bewirtschaftungsplan und zum Maßnahmenprogramm informieren und hierzu Stellungnahmen abgeben.

Ltd. KBD Grothues ergänzt, der Umweltminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Herr Uhlenberg, habe eine diesbezügliche Pressemitteilung veröffentlicht. Die Mitteilung liegt der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Punkt 9: Anfragen

Punkt 9.1: Gülleverwertung im Kreis Borken
Vorlage: 0307/2008

Die Anfrage wurde durch die Stellungnahme der Verwaltung vom 08.01.2009 umfassend beantwortet. Es bestehen keine weiteren Fragen.

Punkt 9.2: Gülleverwertung im Kreis Borken II
Vorlage: 0308/2008

Die Anfrage wurde durch die Stellungnahme der Verwaltung vom 08.01.2009 beantwortet.

Vorsitzende Garvert dankt der Verwaltung ausdrücklich für die umfassende Information.

Ausschussmitglied Dreischenkemper schließt sich ihr an; er möchte wissen, welche Maßnahmen für die Grundwasserkörper mit schlechten Ergebnissen angedacht seien.

KBOAR Pelz antwortet, die jeweiligen Maßnahmen seien im dem Bewirtschaftungsplan bzw. Maßnahmenprogramm aufgeführt. Aus den Gewässersteckbriefen für die Grundwasser- und Oberflächenwasserkörper können die Maßnahmen entnommen werden. Er verweist hierzu nochmals auf die unter TOP 8 genannten Internetseiten.

Zu der Antwort auf Frage 10 erkundigt sich Ausschussmitglied Dreischenkemper, warum einerseits von einer 2-Jahresfrist für die Genehmigung die Rede sei, die Bodenuntersuchungen dagegen lediglich alle 6 Jahre zu erfolgen haben.

Kreisangestellte Blickmann bittet hier zu differenzieren: Die Genehmigung stelle die Zulassung aus veterinär- bzw. seuchenrechtlicher Sicht dar. Dagegen beruhe die Verpflichtung zur Bodenuntersuchung auf düngerechtlichen Vorschriften.

Punkt 9.3: Gewerbegebiet Borken/ Heiden/ Reken
Anfrage der SPD-Fraktion vom 09.12.2008
Vorlage: 0310/2008

Die Anfrage wurde durch die Stellungnahme der Verwaltung vom 06.01.2009 beantwortet. Es bestehen keine weiteren Fragen.

Punkt 9.4: Anfrage zur Bekämpfung der Eichenprozessionsspinner aus der Sitzung des Umweltausschusses vom 15.09.2008

Die Stellungnahme der Verwaltung liegt als Tischvorlage aus und ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Vorsitzende Magdalene Garvert schließt die Sitzung um 19:05 Uhr.

Magdalene Garvert

Peter Nattefort